

Nationalbank-Debatte Die Notenbank braucht erweiterte Kompetenzen. Sie sollte als Einzige Buchgeld schöpfen können. *Von Hans Kissling**

Das Geld verstaatlichen

Es gehört heute zum guten Ton an jeder Cocktailparty landauf landab, die Nationalbank zu kritisieren oder ihrer Führung zumindest Ratschläge zu erteilen. So wird unter anderem beanstandet, dass die durch die Devisenkäufe verursachten Verluste vermeidbar gewesen wären und dass diese Verluste negative Folgen für alle Bürger haben werden. Die kürzlich durchgeführten Devisenaktivitäten sind jedoch kein Hobby der Nationalbank, sondern wurden durch die von den Grossbanken verursachte Banken- und Finanzkrise ausgelöst.

Angesichts des Ausmasses und des Andauerns der Finanzkrise, die viele europäische Staaten in hohe und immer höhere Schulden stürzen und deren Zentralbanken vor kaum lösbare Probleme stellen, wird es zunehmend augenfälliger, dass die Zentralbank nicht das zur Beeinflussung des Banken- und Kreditwesens geeignete Instrumentarium besitzt. Dabei wäre es gerade die Steuerung des Geld- und Kreditvolumens, die künftige Spekulationsblasen und darauf folgende Crashes verhindern könnte.

Die Schulden des Bundes könnten abgetragen und die Mehrwertsteuer aufgehoben werden.

Zwar gesteht Artikel 99 der Bundesverfassung der Schweizer Nationalbank das alleinige Recht zu, Münzen und Banknoten auszugeben. Aber der überwiegende Teil der Geldmenge - heute rund 85 Prozent - wird durch die Geschäftsbanken in Form von Buchgeld geschöpft, etwa durch die Vergabe von Krediten. Derzeit weiten die Geschäftsbanken die Geldmenge schier ungebremst aus und werden so zu einem Hauptakteur von gefährlichen, sich aufblähenden Spekulationen.

Genau hier setzt ein unter dem Namen «Vollgeld» entwickelter Reformvorschlag an (www.monetative.ch). Aufbauend auf Überlegungen verschiedener renommierter Ökonomen wie des US-Amerikaners Milton Friedman oder des Schweizer Hans-Christoph Binswanger, soll das Monopol der Nationalbank zur Geldschöpfung auf das Buchgeld

ausgedehnt werden. Damit hätte die «wilde Geldschöpfung» der Geschäftsbanken ein Ende. Das bedeutet, dass sie zwar weiterhin Geld ausleihen könnten, aber nur im Umfang der bei ihnen angelegten Mittel. Eine weitergehende Einschränkung der Geschäftsbanken wäre damit nicht verbunden. Sie könnten beispielsweise weiterhin in der Vermögensverwaltung tätig sein. Die Nationalbank würde so viel Geld schöpfen, wie es nach ihrer Einschätzung für die Wirtschaft benötigt wird. Damit könnte das früher auch bei uns selbstverständliche Vorrecht der Nationalbank, allein Geld zu schöpfen, wieder hergestellt werden.

Eine Vollgeldreform brächte grosse Vorteile sowohl für die Volkswirtschaft als auch für die Bürger. Weil der Umfang der Geldschöpfung nicht mehr den Prioritäten der Geschäftsbanken, sondern den Bedürfnissen der Realwirtschaft entspräche, käme es zu weniger ausgeprägten Boom- und Rezessionsphasen im Konjunkturzyklus. Banken könnten durch die eingeschränkte Geldschöpfungsmöglichkeit weniger Risiken eingehen. Das Bankwesen würde dadurch stabiler, wovon die Wirtschaft profitieren könnte.

Weil die aus der Schöpfung des Buchgeldes erzielten Gewinne nicht mehr bei den Geschäftsbanken, sondern bei der Nationalbank anfielen, würde die Vollgeldreform jährlich Milliarden in die Bundeskasse spülen. Damit könnten die Schulden des Bundes abgetragen und gleich noch die Mehrwertsteuer gesenkt oder gar aufgehoben werden. Das käme der Wirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern zusätzlich zugute.

Vollgeld bedeutet keine Planwirtschaft und schon gar keine Verstaatlichung der Banken, sondern lediglich eine Verstaatlichung des Geldes. Natürlich hätten die Geschäftsbanken, vorab die beiden Grossbanken, keine Freude an einer Vollgeldreform. Deren Erträge würden geschmälert, und die Managerlöhne und Boni würden sich wohl dem Niveau der Realwirtschaft angleichen. Dafür genössen sie eine grössere Stabilität und kämen aus dem Schussfeld von Politik und Medien.

** Hans Kissling ist Volkswirtschaftler. 2008 erschien sein Buch «Reichtum ohne Leistung».*